

Vom Ballhausplatz in die weite Welt

Österreichs Außenpolitik von der Mitte des 20. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts / Von Gregor Schöllgen

In Deutschland ist der Fall klar: Wenn auch die grundlegenden außenpolitischen Weichenstellungen seit je in der Reichskanzlei beziehungsweise im Bundeskanzleramt vorgenommen worden sind, ist doch das 1870 eingerichtete Auswärtige Amt – von einer kurzen Unterbrechung während der Jahre 1945 bis 1951 abgesehen – seit je das Zentrum der deutschen Diplomatie. Die beiden Umzüge – von der Berliner Wilhelmstraße an die Bonner Koblenzer Straße, die heutige Adenauerallee, und von dort an den Werderschen Markt der alten und neuen Hauptstadt – haben daran nichts geändert.

Andere haben es da nicht so leicht. Zum Beispiel die Österreicher: Seit die Republik Mitte November 1918 auf den Trümmern der alten Donaumonarchie das Licht der Welt erblickte, suchte sie nach einem institutionellen Rahmen für ihre Außenpolitik – jedenfalls bis der gerade ins Amt gekommene Sozialdemokrat Bruno Kreisky 1959 das „Bundesministerium Auswärtige Angelegenheiten“ (seit 1987 mit der Kleinschreibung: auswärtige) ins Leben rief. Da endete eine Odyssee, die Ende Oktober 1918 mit der Einrichtung des „Deutschösterreichischen Staatsamts des Äußeren“ begonnen hatte und über das „Österreichische Staatsamt für Äußeres“ und das „Bundesministerium für Äußeres“ Mitte April 1923 im Bundeskanzleramt endete. Hier waren die Auswärtigen Angelegenheiten bis 1959 als Sektion untergebracht – soweit sich überhaupt von solchen sprechen ließ, und das war vom „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich bis zum Staatsvertrag zwischen den alliierten Siegern des Zweiten Weltkrieges und der Republik Österreich, also zwischen März 1938 und Mai 1955, nicht oder doch nur eingeschränkt der Fall.

Kontinuität verbürgten der Ort – der legendäre Ballhausplatz in Wien, an dem Österreichs Diplomaten bis zum Umzug des inneren Außenressorts in die Herren-gasse um die Jahreswende 2004/05 residierten – und das Personal: „Bis in die 1980er Jahre war Außenpolitik in Österreich nur einer dünnen Schicht von Eliten... vorbehalten. Der Außendienst und das diplomatische Corps rekrutierten sich nach 1918 aus dem alten k. u. k. Beamtenapparat, der neuen republikanischen Verwaltung, den Interessenverbänden und zunehmend aus dem parteipolitischen Spektrum.“ So ist jetzt bei Michael Gehler nachzulesen.

Der Innsbrucker Historiker, einer der besten Kenner der Materie, legt die erste „umfassende Gesamtdarstellung“ der auswärtigen Beziehungen Österreichs vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart vor. Das ist schon deshalb ein anspruchsvolles Unternehmen, weil die Akten des Außenministeriums beziehungsweise des Bundeskanzleramtes nur eingeschränkt zugänglich sind. Überhaupt erst seit 1999 regelt ein Gesetz die Sicherung, Aufbewahrung und Nutzung des staatlichen Archivgutes. Es sieht vor, daß die Akten – internationalen Standards entsprechend – einer dreißig-jährigen beziehungsweise in sicherheitsrelevanten Bereichen sogar fünfzigjährigen Sperrfrist unterliegen.

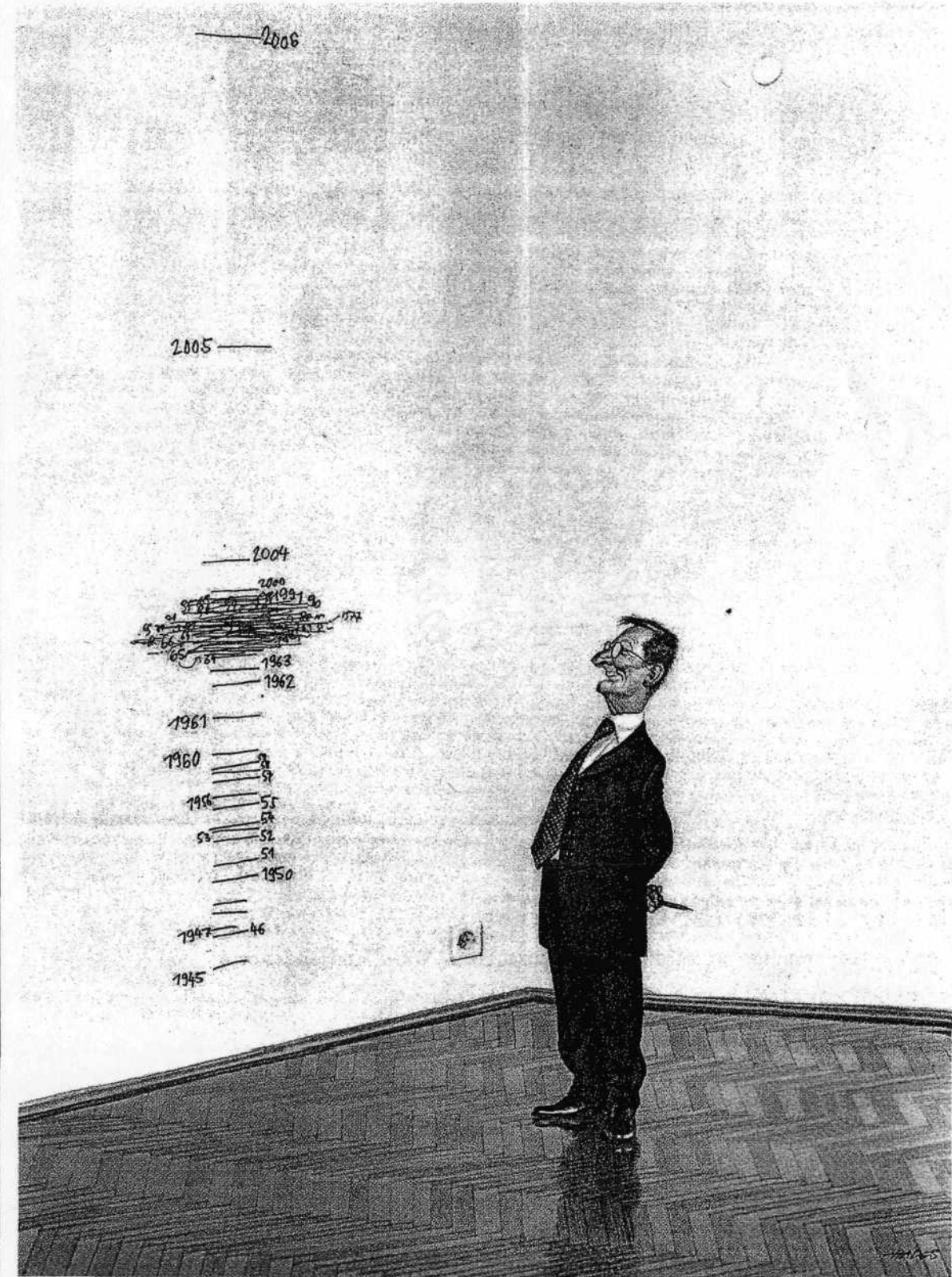
Zudem sind in Österreich bislang alle Versuche gescheitert, eine den „Akten

zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (die Bände für die Zeiträume von 1949 bis 1953 sowie von 1963 bis 1974 liegen vor) vergleichbare Edition auf die Beine zu stellen. Gehler war daher auf die Bestände anderer Institutionen, wie der „Stiftung Bruno Kreisky Archiv“, auf offizielle Dokumentationen, wie das seit 1984 erscheinende „Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik“, auf die Presseberichterstattung oder auch auf Gespräche mit und Papiere von zahlreichen Amtsträgern angewiesen. Kein Wunder, daß er den „eklatanten Mangel an Editionen zu außenpolitisch-geschichtlichen Themen“ beklagt und zu dem Schluß kommt, die österreichische Zeitgeschichtsforschung sei „in manchen Bereichen nach wie vor überwiegend eine Historiographie der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“.

Das ist zugleich eine, wenn auch gewiß nicht die einzige Erklärung für die Anlage der Darstellung, die wie ein Trichter wirkt: Je näher sie der Gegenwart kommt, um so breiter und detaillierter wird der Informationsfluß. Damit trägt sie einerseits der zusehends komplexeren Materie Rechnung; andererseits tritt deren konsequente analytische Durchdringung, ohnehin keine Stärke des opulenten Berichts, zuletzt ganz in den Hintergrund. Das Buch ist eine Fleißarbeit im besten Sinne des Wortes, ein Standardwerk; ein Lesevergnügen bietet es nicht, und das nicht nur wegen der sperrigen Materie. Die Darstellung orientiert sich an den großen außen- und innenpolitischen Zäsuren der österreichischen Nachkriegsgeschichte, so, wie sie sich für Gehler darstellen. Für den außenstehenden Beobachter hingegen ist nicht ohne weiteres nachvollziehbar, warum nicht der Staatsvertrag des Frühjahrs 1955, sondern die Südtirol-Frage, und dort die Anschläge in Oberitalien vom Juli 1961, den Schnittpunkt zwischen den „langen Fünfzigern“ und den „kurzen Sechzigern“ bilden, die Gehler ihrerseits mit der „Ablöse der ÖVP durch die SPÖ mit Hilfe der FPÖ“, also dem Amtsantritt der Regierung Kreisky im April 1970, enden läßt.

Im Juni 1986, mit der Wahl Kurt Waldheims, des zweimaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen und „kongenialen Partners Kreiskyscher Außen- und v. a. Nahost-Politik“, zum österreichischen Bundespräsidenten, sieht Gehler den nächsten tiefen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte des Landes: Aus den Diskussionen um Waldheims „angebliche Kriegsvergangenheit am Balkan“, die als innenpolitische Kampagne der österreichischen Sozialdemokraten begonnen hatten, entwickelte sich „eine schwere, wenn nicht... die schwerste Krise für das staatliche Selbstverständnis Österreichs seit 1955“ – mit beträchtlichen Auswirkungen auf die internationale Stellung der Alpenrepublik.

Hatte sich das Land dank seiner 1955 festgeschriebenen „immerwährenden Neutralität“ einen geachteten Ruf als Vermittler zwischen Ost und West, Nord und Süd sowie nicht zuletzt in einigen großen Krisen der Welt, wie dem Nahost-Konflikt, zulegen können, so war es damit beinahe über Nacht vorbei: Das wichtige KSZE-Gipfeltreffen vom November 1990, dessen Charta die Regeln



Regierungschef Schüssels Blick zurück nach vorn.

Zeichnung Gerhard Haderer: Danke gut. Verlag Carl Ueberreuter, Wien 2005

für die Liquidierung des Ost-West-Konfliktes festschrieb, wurde in Paris und nicht, wie ursprünglich geplant, in der geographisch geradezu ideal gelegenen Hauptstadt Österreichs abgehalten.

Die Folgen dieser Entwicklung waren einschneidend. Das gilt für den Umgang der Österreicher mit ihrer jüngeren Vergangenheit; es gilt aber auch für die Neujustierung ihrer Außenpolitik, die jetzt – seit 1987 unter der Leitung von Alois Mock und Wolfgang Schüssel – deutlich „Europa-fokussiert“ wurde: Die Beitrittsbemühungen Wiens wirkten „als Gegenoffensive“ zur sogenannten Waldheim-Affäre, wenn sie auch nicht in erster Linie durch diese, sondern beispielsweise

durch die Überwindung des von Gehler so genannten österreichischen „Partizipationsdesiderats“ motiviert gewesen sind.

So oder so begann mit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen am 1. Februar 1993 ein neues, das europäische Kapitel der Nachkriegsgeschichte des Landes und damit auch seiner Außenpolitik. Gehlers Bilanz dieser offenen Entwicklung ist durchwachsen, wenn nicht unter dem Strich negativ: „Die Erwartungen mit Blick auf Souveränitätszuwachs durch Supranationalitätsteilnahme Österreichs in der EU sind... kaum in Erfüllung gegangen... Österreich mußte neben den Einschränkungen der nationalen Souveränität auch Zurechtweisungen und Zumutungen über sich ergehen lassen... Wie ein

Blitz aus heiterem Himmel traf den zum Teil selbststilisierten „EU-Musterschüler“ die angebliche Entscheidung der 14 Unionsstaaten vom 31. Januar 2000, im Falle einer ÖVP-FPÖ-Regierung zu Sanktionen zu schreiten.“ Der abgeschmetterte Versuch der Regierung Schüssel, den heute 24 Partnern der EU am Beispiel des türkischen Beitritts zu demonstrieren, welche Macht einem einzelnen gegeben ist, dürfte den Wiener Frustrationspegel weiter steigen lassen.

Michael Gehler: Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besetzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts. 2 Bände. Studien Verlag, Innsbruck 2005. 523 und 1292 S., zusammen 144,90 €.